



Dr. Edgar Franke

18. Oktober 2024

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

18. Oktober 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

<http://www.edgarfranke.de>

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Internationale Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimat

„Dränge mich auf kein Foto mehr“

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst darf ich mich recht herzlich für die zahlreichen guten Wünsche anlässlich meines für Ende nächsten Jahres angekündigten Rückzugs aus der Politik bedanken.

Ich habe mich sehr über die vielen SMS, E-Mails und Briefe gefreut. Aber ich möchte nochmals betonen, dass ich mein Mandat noch ein Jahr „volle Pulle“ wahrnehmen werde.

Diese Woche standen wieder viele internationale Konferenzen an, wie zum Beispiel das 16. Deutsch-Arabische Gesundheitsforum. Hier treffen sich jedes Jahr die verschiedenen Stakeholder aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und auch aus dem privatwirtschaftlichen Sektor. Da ich mich schon lange für diesen Bereich der Gesundheitswirtschaft engagiere, habe ich selbstverständlich sehr gerne ein Impulsreferat zu diesem Thema gehalten.

Und schließlich ist jetzt endlich die Krankenhausreform diese Woche im Bundestag beschlossen worden - nach insgesamt fast dreijähriger Beratung mit den Regierungskommissionen und unzähligen Abstimmungs- und Koordinierungsgesprächen mit den Bundesländern und in den verschiedenen Gremien des Bundestages.

Ich begrüße sehr, dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Bewältigung der schwierigen Lage der deutschen Industrie zur Chefsache erklärt hat. Er will eine neue industriepolitische Agenda von der alle profitieren und will deshalb Unternehmensvertreter, Industrie, Gewerkschaften, Industrieverbände noch in diesem Monat zu einem Gespräch im Kanzleramt einladen, wie er im Rahmen seiner Regierungserklärung zum anstehenden EU-Gipfel in Brüssel ankündigte.

Euer und Ihr





Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Bundestag verabschiedet Sicherheitspaket

Das Sicherheitspaket war von der Bundesregierung unmittelbar nach dem Messerattentat von Solingen, bei dem drei Menschen starben, vereinbart worden.

Die Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus ist in Deutschland hoch. Ebenso sind Rechtsextremismus und -terrorismus große Bedrohungen für unsere Demokratie. Nicht zuletzt der islamistische Anschlag in Solingen hat deutlich gemacht, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum bedroht ist. Mit dem Sicherheitspaket zieht die Regierungskoalition die nötigen Konsequenzen in den Bereichen Waffenrecht, Extremismus- und Terrorismusbekämpfung sowie Migration.

Geändert wurden einige Regelungen nach einer Sachverständigenanhörung im Bundestag. Die Änderungen wurden am Mittwoch in den Innenausschuss des Bundestages eingebracht und am Freitag im Bundestag beschlossen. Der Bundesrat kann dann am 18. Oktober über das Sicherheitspaket beraten.

Nachbesserungen gab es vor allem beim biometrischen Abgleich von Fotos mit Bildern aus dem Internet. Im Migrationsrecht gab es Klarstellungen. Geflüchtete, die nach Deutschland kamen, obwohl nach den Dublin-Regeln ein anderer EU-Staat für das Asylverfahren zuständig ist, sollen keine Sozialleistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz mehr erhalten, sobald eine Aufnahmezusage des zuständigen Staates vorliegt. Stattdessen sollen sie nur noch zwei Wochen lang eingeschränkte Überbrückungsleistungen erhalten.

Strengeres Waffenrecht und Messerverbot

Künftig werden weitere Behörden, wie Bundespolizei (BPOL), Bundeskriminalamt (BKA) und das Zollkriminalamt (ZKA), abgefragt, wenn es um die Erteilung oder Entzug einer waffenrechtlichen Erlaubnis geht. Der Umgang mit Messern bei Volksfesten, Sportveranstaltungen, Messen, Ausstellungen, Märkten und anderen öffentlichen Veranstaltungen und auch in Bussen und Bahnen wird untersagt bzw. untersagbar.

Im parlamentarischen Verfahren wurden dazu die Vorschriften für die Messerverbotzonen klarer gefasst. Wir haben Ausnahmen vereinheitlicht und klargestellt, welche Tätigkeiten und Alltagssituationen nicht unter das Verbot fallen.



Extremismus bekämpfen

Das BKA soll bei der Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus und beim Schutz von Verfassungsorganen mit zeitgemäßen Befugnissen ausgestattet werden. Ebenso auch die Bundespolizei u.a. beim Grenzschutz. Dazu gehört etwa die Befugnis, einen nachträglichen biometrischen Abgleich mit öffentlich zugänglichen Internetdaten (zum Beispiel soziale Medien) mittels automatisierter Verfahren vorzunehmen. So sollen mutmaßliche Terroristen und Tatverdächtige identifiziert und lokalisiert werden. Auch soll die automatisierte Datenanalyse für BKA und Bundespolizei eingerichtet werden.



Strengere Regeln im Asyl- und Aufenthaltsrecht

Das Asylrecht ist ein Menschenrecht. Wer anderes fordert, verkennt den Anspruch unseres Grundgesetzes. Wir werden weiterhin Menschen, die Schutz brauchen, Schutz gewähren. Damit wir das können, müssen wir jedoch wissen, wer zu uns kommt und dafür sorgen, dass der Schutz nicht ungerechtfertigt beansprucht wird. Künftig erhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Befugnis zum biometrischen Abgleich der durch erkennungsdienstliche Maßnahmen gewonnenen Daten mit öffentlich zugänglichen Daten aus dem Internet, um die Identität von Schutzsuchenden festzustellen. Schutzsuchende, für die laut Dublin-Regelung ein anderer europäischer Staat zuständig ist, sollen keine Sozialleistungen mehr erhalten, wenn der zuständige Mitgliedstaat der Rückübernahme zugestimmt hat. Wir haben dafür gesorgt, dass dies nur geschieht, wenn die Ausreise tatsächlich möglich ist. Damit verhindern wir, dass Schutzsuchende obdachlos werden oder verelenden, weil sie nicht mehr versorgt werden.

Zukünftig soll die Schutzanerkennung verweigert oder aberkannt werden, wenn Straftaten mit einem antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen, geschlechtsspezifischen, gegen die sexuelle Orientierung gerichteten oder sonstigen menschenverachtenden Beweggrund begangen wurden. Ausweisungen sollen erleichtert werden, wenn bestimmte Straftaten unter Verwendung einer Waffe oder eines sonstigen gefährlichen Werkzeugs erfolgten. Schutzberechtigte können ihren Schutz einfacher verlieren, wenn sie in ihren Herkunftsstaat reisen - das gilt nicht, wenn die Reise sittlich zwingend geboten ist, etwa bei einer Beerdigung.

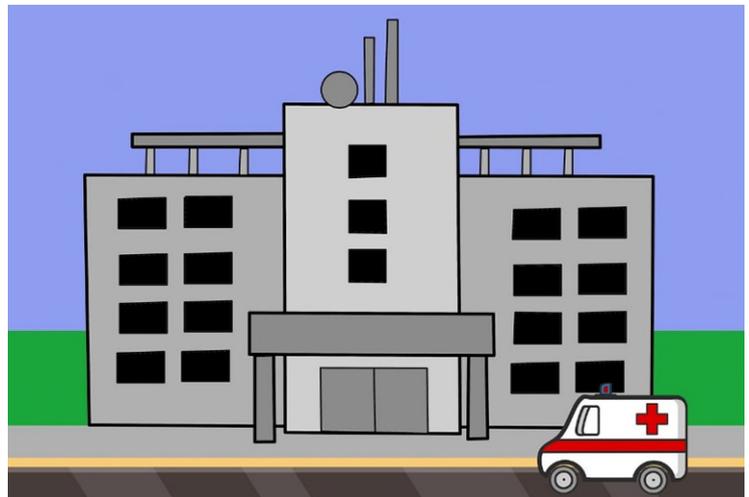


Bundestag beschließt Krankenhausreform

Der Bundestag hat den Entwurf für das Krankenhausreformgesetz (KHVVG Bundestagsdrucksache 20/11854) nach zahlreichen Detailänderungen mehrheitlich gebilligt.

Der Gesundheitsausschuss nahm in seiner Sitzung am Mittwoch noch 50 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen an, die sich vielfach mit der technischen Umsetzung der Reform befassen. Bei den Änderungen im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens ging es unter anderem um eine künftige ärztliche Personalbemessung im Krankenhaus, die Einbindung von Bundeswehrkrankenhäusern in die Versorgung, Qualitätsanforderungen für Hebammengeleitete Kreißsäle in Krankenhäusern, die Streichung der Stichprobenprüfung und Entbürokratisierung der Einzelfallprüfung bei der Krankenhausabrechnung, die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Transformationsfonds einschließlich einer Beteiligung der Privaten Krankenversicherung (PKV) und die geplante Evaluation des Gesetzes.

Ziel der Reform ist die Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität, die Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung und die Steigerung der Effizienz.



Die Krankenhausabrechnung über Fallpauschalen (sogenannte DRG's) soll künftig mit Vorhaltepauschalen ergänzt werden. Eine Konvergenzphase soll einen fließenden Übergang ermöglichen. Die Krankenhäuser erhalten die Vorhaltevergütung für 65 Leistungsgruppen, die ihnen von der Planungsbehörde der jeweiligen Länder zugewiesen werden. Die Leistungsgruppen sind mit Qualitätskriterien und Mindestvorhaltezahlen verknüpft. So wird sichergestellt, dass Krankenhäuser ein bestimmtes Maß an technischer Ausstattung, qualifiziertes Personal und die erforderlichen Fachdisziplinen aufweisen.

Zur Unterstützung strukturschwacher Regionen ist der Ausbau der sektorenübergreifenden und integrierten Gesundheitsversorgung vorgesehen.



Die Länder erhalten die Möglichkeit, sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen zu bestimmen mit stationären und erweiterten ambulanten Leistungen.

Neben der Vorhaltevergütung werden für die Bereiche Pädiatrie, Geburtshilfe, Stroke Unit, Traumatologie und Intensivmedizin sowie für die Teilnahme an der Notfallversorgung zusätzliche Mittel gewährt.

Um die Strukturreform der Krankenhäuser finanziell abzusichern, soll über einen Zeitraum von zehn Jahren (2026 bis 2035) ein Transformationsfond in Höhe von 50 Milliarden Euro bereitgestellt werden, zur Hälfte getragen von den Ländern und aus Mitteln der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds des Bundes.

Internationale Gesundheitspolitik

16. Alljährlichen Arab-German Health Forum der Ghorfa, der Arab-German Chamber of Commerce and Industry e.V.

In dieser Woche nahm Edgar Franke in guter Tradition an dem 16. Alljährlichen Arab-German Health Forum der Ghorfa, der Arab-German Chamber of Commerce and Industry e.V. teil. Das



renommierte Forum stand in diesem Jahr unter dem Motto: „Pionierarbeit im Gesundheitswesen: Kollaborative Innovationen in der arabisch-deutschen Gesundheitszusammenarbeit voranbringen“.

Im Fokus der Konferenz standen zentrale Themen, wie die Vertiefung der arabisch-deutschen Kooperation im Gesundheitswesen, Partnerschaften in der Pharma- und Biotechnologie, aktuelle Trends im Medizintourismus sowie die Schaffung von Innovationsökosystemen und nachhaltigen Gesundheitssystemen.



In seiner Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister konnte er mit einem kurzen Impulsvortrag die Eröffnung des Kongresses mitgestalten. Dabei hat Franke insbesondere die immense Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen arabischen und deutschen Akteuren im Gesundheitswesen hervorgehoben und aufgezeigt, welche Chancen sich hier für beide Seiten bieten.

Im Rahmen des Forums konnte Franke zahlreiche interessante Gespräche mit führenden Persönlichkeiten der Gesundheitspolitik aus dem arabischen Raum führen. Der direkte Austausch mit diesen Entscheidungsträgern hat einmal mehr verdeutlicht, wie wichtig der gemeinsame Dialog und die partnerschaftliche Weiterentwicklung innovativer Ansätze im Gesundheitssektor sind.



Al-Mikhalfi Secretary General of the Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry und dem Präsidenten Deutsch-Arabischen Kammer, Olaf Hoffmann.



Auf dem Foto von links nach rechts: Alexander Boxler DMD GHA - German Health Alliance, Roland Göhde Chairman of the Board of GHA, MdB Dr. Peter Ramsauer, Frau Ahmed Ambassador of the Republic of Sudan, Dr. Edgar Franke, Olaf Hoffmann President und Chairman Ghorfa Arab-German Chamber of

Commerce and Industry/ Dorsch Gruppe sowie Abdulaziz Al Mikhalfi_Secretary General of the Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry (Dritter von rechts).

World Health Summit (WHS) 2024 in Berlin

Der World Health Summit gilt als eines der bedeutendsten internationalen Foren für globale Gesundheitsfragen, strategische Entwicklungen und Entscheidungen im Gesundheitsbereich. Die zentrale Veranstaltung des WHS 2024 war die bisher größte Geberveranstaltung für die WHO Finanzierungsrunde, bei der Zusagen in Höhe von insgesamt einer Milliarde US Dollar gemacht bzw. bekräftigt wurden.



Volles Haus im Marriot in Berlin



Der „World Health Summit“ in Berlin bringt tausende Teilnehmer aus aller Welt zusammen. Es geht um Gesundheit, Forschung, Klima, Politik und Gesellschaft – auch um Geld. Und Bundeskanzler Olaf Scholz (Bild links) sprach sich für mehr internationale Kooperation in der Gesundheitsvorsorge in seiner Eröffnungsrede aus.

Die Geberveranstaltung „All for Health, Health for All: Signature Event for the WHO Investment Round“ fand im Rahmen des World Health Summit (WHS) 2024 in

Berlin statt – und war



EU-Präsidentin Ursula von der Leyen bei ihrem virtuellen Grußwort



Der norwegische Gesundheitsminister, die französische Gesundheitsministerin und der WHO-Chef sowie Prof. Karl Lauterbach

hochkarätig besetzt. Neben Tedros Adhanom Ghebreyesus, dem WHO-Generaldirektor, nahmen unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sowie Bill Gates als Vorsitzender der Gates Foundation daran teil.



Eröffnet wurde die Veranstaltung von den Gesundheitsministern der drei Co-Gastgeber Deutschland, Norwegen – und Frankreichs Gesundheitsministerin.

Beteiligt waren außerdem der Premierminister von Montenegro, Regierungsvertreterinnen oder Vertreter aus Griechenland, den Niederlanden und Finnland sowie CEOs von gemeinnützigen Organisationen, wie Sania Nishtar von der Impfallianz Gavi, und aus der Privatwirtschaft. Per Videobotschaft nahmen unter anderem EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie der norwegische Ministerpräsident und seine estnische Amtskollegin teil.

Für die Weltgesundheitsorganisation ist die bisher größte Geberveranstaltung für ihre Finanzierungsrunde ein Erfolg: Am Montagabend wurden Zusagen in Höhe von insgesamt 700 Millionen US-Dollar gemacht.



Minister Prof. Lauterbach bedankt sich einem Vertreter des Hong Kong Jockey Clubs für die großzügige Spende



Hinzu kommen 300 Millionen US-Dollar unter anderem von der Europäischen Union sowie der Afrikanischen Union, die bereits im Vorfeld zugesagt wurden. Die nun zugesicherten Mittel belaufen sich damit auf insgesamt eine Milliarde US-Dollar, derzeit rund 917.300.000 Euro.



Aus Wahlkreis und Heimat

Die Leistungskurse „Geschichte“ und „PoWi“ der **Geschwister-Scholl-Schule in Melsungen** haben mich im Deutschen Bundestag in Berlin besucht. Das Bild entstand im Eingangsbereich des Paul-Löbe-Hauses. Hier befindet sich auch das Abgeordnetenbüro von Edgar Franke.



Edgar Franke hat in fast jeder Sitzungswoche Besuchergruppen aus Schwalm-Eder und dem Frankenger Land in Berlin zu Gast.

Die Mehrzahl der Gruppen sind Schulklassen aus allen Ecken meines Wahlkreises.

Wahlkreisfahrten auch wieder in 2025

Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages kann Edgar Franke dreimal pro Jahr politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einem Aufenthalt in Berlin einzuladen. Die Fahrten dauern drei Tage je Fahrt. Die Hin- und Rückfahrt erfolgt mit dem ICE von Kassel-Wilhelmshöhe nach Berlin Hauptbahnhof. In Berlin erfolgt die Beförderung im Reisebus (Transfer zum Hotel, Stadtbesichtigung u.v.a.m.).

Neben Besuchen des Deutschen Bundestages mit Besuch des Plenarsaals und wenn möglich einer Plenarsitzung sowie der Reichstagskuppel stehen verschiedene Angebote auf dem Programm. Dazu gehören können z.B. Besuche verschiedener Bundesministerien und Institutionen, aber auch Besuche verschiedener Gedenkstätten, Ausstellungen und Museen.

Anmeldungen können in meinem Wahlkreisbüro unter edgar.franke.wk@bundestag.de erfolgen.



„Dränge mich auf kein Foto mehr“

Das Interview von Maja Yüce mit Dr. Edgar Franke (SPD) über seine Laufbahn und Zukunftspläne anlässlich der Ankündigung, nicht mehr für den Deutschen Bundestag kandidieren zu wollen. Veröffentlicht am 12. Oktober 2024 in der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeine.



Bild links: Will mit dem Ende der Legislaturperiode 2025 mit der Politik Schluss machen: Dr. Edgar Franke. Bild Tino Basoukos.

Gudensberg/Berlin – Als er kürzlich in Radolfzell zur Kur war, scherzte Dr. Edgar Franke in den Sozialen Netzwerken darüber, dass er kein „politisches Schwergewicht“ mehr sei – Grund dafür waren sechs abgenommene Kilo. Doch hinter dem Augenzwinkern verbarg sich mehr als nur ein lockerer Spruch, für den der Gudensberger Bundespolitiker bekannt ist: Wenige Wochen später kündigte Franke an, dass er sich nach der aktuellen Legislaturperiode aus der Politik zurückziehen wird.

Der langjährige SPD-Abgeordnete wird somit bei der nächsten Bundestagswahl im September 2025 nicht mehr kandidieren. Mit dann 66 Jahren und nach 26 Jahren hauptamtlicher politischer Tätigkeit zieht er einen Schlusstrich (HNA berichtete). Im Gespräch blickt der Bundespolitiker auf seine Laufbahn zurück und spricht auch über seine Zukunftspläne.

Herr Franke, Sie sind seit 2009 im Bundestag tätig und haben vorher schon jahrzehntelange politische Erfahrung gesammelt. Was sind die prägendsten Momente Ihrer politischen Karriere?

Meine Mutter hat mich mit einem christlichen Wertesystem erzogen und das hat mich durch meine gesamte Karriere getragen. Ich habe versucht, authentisch zu bleiben. Ich musste jedoch auch verstehen, dass man in der Politik manchmal mit härteren Bandagen kämpfen muss, in dem oft Ellenbogen ausgefahren werden und Allianzen entscheidend sind. Das war für mich, als behütet aufgewachsener Dorfjunge, am Anfang nicht einfach.



Ich habe aber schnell gelernt, dass bekannte Persönlichkeiten wie Minister oder Parteivorsitzende auch nur mit Wasser kochen.

Gab es weitere solcher Lernprozesse?

Ja klar, auch die 70er-Jahre, als ich noch lange Haare hatte und einen Parker trug, haben mich mit ihrer Freiheit und Offenheit geprägt. Denn damals habe ich viel ausprobiert, das Leben ausgetestet und mich gegen den Willen meines Vaters für den Zivil- statt für den Wehrdienst entschieden. Ich bin meinen Weg gegangen – auch später im Leben. Mir war es dabei wichtig, meinem Instinkt zu vertrauen und mir treu zu bleiben. So hat etwa damals kaum jemand verstanden, warum ich den Posten als Hochschulrektor für den Job als Bürgermeister von Gudensberg eingetauscht habe. Aber: Ich wollte gestalten und das ist mir auch gelungen. Ich war sehr gern Kleinstadtbürgermeister.

Wie ist es Ihnen gelungen, Familie und Beruf zu vereinbaren – würden Sie etwas anders machen?

Meiner verstorbenen Frau Carmen habe ich alles zu verdanken. Wir haben uns mit 17 bzw. 19 Jahren kennengelernt, zusammen studiert und sie hat mich immer unterstützt. Gerade anfangs habe ich in dem riesigen Wahlkreis Schwalm-Eder/Frankenberg an den

Wochenenden bis zu acht Termine wahrgenommen, da blieb auch an diesen Tagen kaum Zeit für die Familie. Das war eine enorme Belastung, weil ich oft weg war. Und es ist etwas, was ich nicht mehr wiedergut machen kann. Ihre schwere Erkrankung und ihr Tod 2017 haben mir sehr schmerzlich vor Augen geführt, was im Leben wirklich zählt. Heute nehme ich mir mehr Zeit für meine Familie und bin dankbar dafür, dass ich mit meinen beiden Töchtern eine enge Beziehung pflegen kann.

Das klingt, als hätten Sie jetzt mehr Zeit für die Familie. Aber sie sind seit 2021 zusätzlich Parlamentarischer Staatssekretär im Gesundheitsministerium...

Es ist schon merkwürdig, gerade in dem Moment, in dem ich überlegte, kürzer zu treten, wurde ich zum Parlamentarischen Staatssekretär im Gesundheitsministerium berufen. Es stimmt, es ist enorm viel Arbeit, ich bin fast rund um die Uhr im Einsatz, weil so viele wichtige Gesetzesvorhaben bei außerordentlichen knappen finanziellen Ressourcen anstehen – von der Sicherung der flächendeckenden Versorgung mit Haus-





und Fachärzten, über gute Pflege bis hin zur dringend notwendigen Krankenhausreform.

In den Ausschüssen geht es oft richtig zur Sache, da wird man auch mal ordentlich von den anderen Parteien gegrillt. Es ist eine besonders heftige, aber schöne Erfahrung, vor allem wenn die Sitzung rum ist.

Was war aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung in Ihrer Funktion als Ausschussvorsitzender für Gesundheit und als Opferbeauftragter der Bundesregierung?

Als Ausschussvorsitzender musste ich die Sitzung moderieren, in jedem Thema sein und mehrstündige Anhörungen leiten, was nicht immer einfach war. Die Position als Opferbeauftragter war dagegen eine noch anspruchsvollere Aufgabe, die viel Einfühlungsvermögen erforderte. In dieser Funktion war ich unter anderem für die Opfer der Anschläge von Halle, Hanau und Berlin zuständig. Den Menschen in ihrem Leid beizustehen, ihre Geschichten zu hören und sie zu begleiten – das waren prägende Momente, die ich nie vergessen werde.

Gibt es politische Entscheidungen, die Sie rückblickend bereuen?

Ich habe sicher nicht alles richtig gemacht, aber meine beruflichen und politischen Entscheidungen bereue ich nicht. Eben auch, weil ich immer versucht habe, ich selbst zu sein. Ich war nie sehr angepasst, habe auch mal ironisierte Späße und ja, auch politisch nicht so korrekte Witze machen dürfen. Kurt Tucholsky hat mal sinngemäß gesagt, die Menschen verstehen nicht alles, aber sie fühlen meistens richtig. Das ist auch in der Politik so. Die Menschen haben mich wohl meist verstanden. Das zeigen mir vielleicht auch die Reaktionen auf die Ankündigungen meines Rückzugs.

In welchen Bereichen sehen Sie die größten Erfolge Ihrer Arbeit im Schwalm-Eder-Kreis und Frankenger Land?

Vor allem freue ich mich darüber, dass es mir gelungen ist, viele Bundesmittel in den Landkreis zu holen. Eigentlich ist das nicht nur mir allein gelungen, wir Nordhessen sind gemeinsam in Berlin als starke Stimme aufgetreten. Wir haben hinter den Kulissen einiges für den Landkreis herausgeholt. Ich habe parteiübergreifend mit Bernd Siebert (CDU) immer sehr gut zusammengearbeitet und auch mit Dr. Bettina Hoffmann (Grüne) stimme ich mich gut ab. So sind über die Jahre erhebliche Beträge zusammengekommen – beispielsweise für die Stadthalle in Melsungen oder das Hospital in Schwalmstadt, der Kaiser-Wilhelm-Turm in Hatzfeld, die Ev. Kirche in Fritzlar, aber auch generell für Freibäder, das THW, für viele soziale Projekte sowie für Bundesstraßen oder für die Bundeswehrstandorte und vieles mehr.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren teils deutliche Verluste bei Wahlen hinnehmen müssen. Was sind aus Ihrer Sicht die Hauptgründe?

Wir müssen den Menschen mehr zuhören, ihre Sorgen ernst nehmen und ihre Lebensrealität kennen. Es ist ein Fehler, wenn wir sie mit dem Zeigefinger belehren wollen. Wir sind in Deutschland vielfach überbürokratisiert und beim Bürgergeld gibt es auch Fehlanreize – das werden wir schnell ändern. Gerade in Nordhessen regt das viele Normalverdiener auf!



Aber es ist nach wie vor unsere Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt zu organisieren. Denn die Menschen müssen Vertrauen in die Demokratie haben, damit sie sicher ist. Die Entwicklung ist nicht ungefährlich, wenn man die Menschen nicht mehr politisch erreicht. Gerade in der Krise müssen wir eben nicht sparen, sondern investieren und den Menschen Zuversicht geben. Sonst spalten wir die Gesellschaft, wie auch die letzten Wahlergebnisse zeigen.

Sie haben den Vorsitz im Unterbezirk bereits vor drei Jahren abgegeben. Wie schätzen Sie die Chancen der jungen Generation in Ihrer Partei ein?

Politische Arbeit ist sicher nicht einfacher geworden. Ich arbeite aber schon länger daran, Verantwortung an eine sehr engagierte jüngere Generation weiterzugeben. Ich bin fest davon überzeugt, dass sie es kann.

Bleiben Sie der Politik oder dem öffentlichen Leben in irgendeiner Form erhalten?

Ich kann mir vorstellen, mich ehrenamtlich einzubringen. Und ich habe im Scherz schon öfter mal zum Chef des Fritzlarer „Café Hahn“ gesagt, dass ich dann bei ihm bedienen werde. Ich freue mich darauf, nicht mehr so oft in der Öffentlichkeit zu stehen. Es wird einen klaren Schnitt für mich geben. Ich drängele mich auf kein Foto mehr. Versprochen!

Wo werden Sie Ihren Lebensmittelpunkt haben?

Ich hatte großes Glück, meine jetzige Frau Berit kennenzulernen. Sie ist aber beruflich weiter auf Berlin ausgerichtet. Wir pendeln allerdings jedes Wochenende nach Gudensberg. Das wird sich nicht ändern. Gudensberg bleibt unser Zuhause.

Wie möchten Sie, dass die Menschen Ihre Arbeit in Erinnerung behalten?

Als einen, der sich angestrengt und immer volle Düse, also alles gegeben hat. Als einer, der Probleme tatkräftig angepackt und versucht hat, allen Menschen ganz konkret zu helfen. Eine Sache möchte ich noch erwähnen. Ich weiß zwar nicht, ob mein einstiger Mathelehrer noch lebt, aber er sagte immer zu mir: „Franke, Du bringst es höchstens zum Reiseleiter. Mit Schwätzen kommst Du bei mir nicht weiter.“ Ihm würde ich heute gerne sagen, dass aus mir dann doch noch etwas geworden ist. (lacht)



Mit diesem Sharepic bedankte sich sein SPD-Unterbezirk.



Bilder der Woche

Im Gespräch mit meinem Bundestagskollegen und Bundesminister a.D. **Dr. Peter Ramsauer** (im Bild links) und **Olaf Hoffmann**, Chairman von Dorsch Global, der am 3. Juni 2024 in Berlin zum neuen Präsidenten der Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry gewählt wurde. Das Foto entsandt anlässlich des 16. Alljährlichen Arab-German Health Forum der Ghorfa, der Arab-German Chamber of Commerce and Industry e.V.



Mit der Ärztin und Bundestagskollegin **Tina Rudolph** beim World Health Summit - Signature Event for the WHO Investment Round (WHS). Der WHS gilt als eines der bedeutendsten internationalen Foren für globale Gesundheitsfragen, strategische Entwicklungen und Entscheidungen im Gesundheitsbereich.



Bild links: Edgar Franke beim Abend der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung in Berlin im Gespräch mit dem Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, **Dr. Rolf Schmachtenberg**.

Bild unten: Gespräch mit dem neuen Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken (BDPK), **Dr. Hans-Heinrich Aldag** und dem Hauptgeschäftsführer der BDPK,

Thomas Bublitz über die Krankenhausreform und welche Feinjustierungen aus Sicht des Verbandes noch dringend notwendig sind.



Bild links: Der Schwalm-Eder-Kreis mit der Smart Region Schwalm-Eder-West und der IKZ Südlicher Knüll auf der Smart Country Convention. Die beiden Bürgermeister **Dr. Philipp Rottwilm** und **Luca Fritsch** haben die Kommunen in Berlin vertreten.



Besuch aus dem heimischen Wahlkreis. Von links: Dr. Philipp Rottwilm, Bürgermeister der Gemeinde Neuental, Reinhold Drescher, Edgar Franke, Helmut Balamagi, Kreisvorsitzender der AG 60plus und Luca Fritsch, Bürgermeister der Gemeinde Willingshausen. Philipp Rottwilm ist der Nachfolger von Edgar Franke als SPD-Kreisvorsitzender Schwalm-Eder



und auch stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Hessen.

Interessantes **Gespräch mit dem slowenischen Minister für solidarische Zukunft, Simon Maljevac** und der slowenischen Botschafterin mit einer sozialpolitischen Fachdelegation über die soziale Pflegeversicherung in Deutschland und welche von unseren Erfahrungen man für die Entwicklung eines solchen Versicherungszweigs in Slowenien übertragen kann.



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net, Seiten 4 Image by [Dee from Pixabay](#), Seite 5 Image by [Vicki Hamilton from Pixabay](#), Seiten 6 bis 10 Edgar Franke, Seite 11 Tino Basoukos, Seite 12 Ausriss aus der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen vom 12. Oktober 2024, Seite 14 Sharepic der SPD Schwalm-Eder, Seite 15, 16 und 17 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.